

Soldatinnen Gottes – Die Frauen der Hamas



Gestern Abend lief in der ARD um 22.45 Uhr eine höchst aufschlussreiche Dokumentation über die Hass-Propaganda, die die „Frauen der Hamas“ wie Gift im palästinensischen Volk verbreiten. Die Regisseurin und Feministin Suha Arraf hat hierzu zwei Jahre lang im Gaza-Streifen gedreht.

[Focus online](#) schrieb gestern dazu einen Programmtipp:

Etwa 1,5 Millionen Menschen auf 378 Quadratkilometern – das ist der überbevölkerte und unterversorgte Gazastreifen mit Grenzen zu Israel und Ägypten. Das palästinensische Autonomiegebiet ist eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Hier herrscht seit drei Jahren die Hamas. Sie ist Partei, soziales Netzwerk und Terrororganisation in einem.

Wie bei allen radikal ideologisierten Gemeinschaften sind auch bei der Hamas viele Frauen involviert, nachfolgende Generationen zu indoktrinieren. Studentinnen, Lehrerinnen und Mütter vermitteln das sogenannte ideologische Rüstzeug. In den Kindergärten bereiten sie schon Vierjährige auf das „Märtyrertum“ vor, das ihnen als höchste Form des Kampfes gegen Israel gilt. Der etwa 70-minütige ARD-Film bietet Einblicke in eine geschlossene Gesellschaft und untersucht unter anderem den Kult des Märtyrertums.

Hier der Film:

(Text: byzanz / Video:antivirus)

“Diskriminierter” Omar T. mordet acht Kollegen



Der 34-jährige Fahrer eines Biergroßhändlers mit dem „südländisch“ anmutenden Namen Omar T. (Foto) schoss heute im US-Bundesstaat Connecticut wahllos auf Leute auf dem Firmengelände und tötete dabei acht seiner Arbeitskollegen. Anschließend richtete sich Omar T. selbst.

Über die möglichen Motive des Täters gibt es widersprüchliche Angaben. Die örtlichen Medien vermuten ihn jedoch selbst in der Opferrolle:

Die Lokalzeitung „Hartford Courant“ spekuliert über Rassismus als Motiv der Tat. Das Blatt zitiert eine Frau, deren Tochter acht Jahre lang mit T., einem Schwarzen, liiert gewesen sei. Demnach sei T. am Arbeitsplatz wegen seiner Hautfarbe gemobbt worden.

Sp0n [berichtet](#):

Omar T. sei über das Gelände gelaufen und habe wahllos auf Menschen geschossen, sagte Gewerkschaftsvertreter John Hollis der „New York Times“. „Er kam, um sich mit den Chefs zu treffen, und dann war hier plötzlich die Hölle los“, sagte Hollis. „Er zog die Waffe und rannte durchs Lager.“

Bei einem der Opfer soll es sich um den stellvertretenden Firmenchef handeln, Angaben dazu wollte die Polizei jedoch erst nach Gesprächen mit den Angehörigen der Toten machen.

Gemäß dem auf *SpOn* verlinkten Video arbeitete der Fahrer Omar T. erst seit kurzem für den Biergroßhändler. Seine aufgestaute Wut infolge angeblicher „Diskriminierung“ muss sich demnach in sehr kurzer Zeit entwickelt haben und direkt eskaliert sein. Ob die Tat mit den von Biergroßhändlern üblicherweise verkauften Mengen an Haram-Alkohol oder der kulturell-religiösen Herkunft Omar Ts. in Zusammenhang steht, ist anhand dieser Angaben nicht auszumachen. „Unschuldig“ ist er sowieso. Er ist ein Schwarzer und man war garstig zu ihm. Oder?

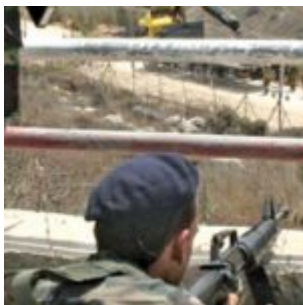
CBS News [ergänzt](#), die Schießerei hätte zu der Tageszeit stattgefunden, wo am meisten Leute im Gebäude waren und Omar T. mit der größten Menge an Opfern rechnen konnte – kommt uns das jetzt irgendwoher bekannt vor? T., der von CBS als Thornton benannt wird, stand eine Entlassung wegen Diebstahlvorwürfen bevor. Insgesamt muss der Amokläufer mindestens auf elf Menschen geschossen haben, wovon acht gestorben sind und einer sich [noch in Lebensgefahr](#) befindet.

Auf die Diskriminierungsvorwürfe angesprochen [meinte der offizielle Teamsprecher](#) Christopher Roos:

„Das hat mit Rasse nichts zu tun. Das ist ein verärgertes Angestellter, der einen Haufen Leute erschossen hat.“

Reuters Video zum Fall:

(Spürnase: [Daniel Katz](#))



UNIFIL: Libanon begann Schusswechsel



Allmählich kommen die näheren Umstände der gestrigen Schießerei an der israelisch-libanesischen Grenze ([PI berichtete](#)) ans Licht. Wie [die Haaretz](#) unter Berufung auf die libanesische Zeitung A Nahar berichtet, geben auch libanesische Quellen und Zeugen inzwischen zu, das Feuer als erste eröffnet zu haben.

Neu ist, dass nun endlich auch die zur Überwachung des Friedens seit 2006 im Südlibanon stationierten UNIFIL-Soldaten die Geduld verlieren und ihr Schweigen brechen.

Die [WELT berichtet](#):

Israel entfernt regelmäßig Bäume und Gestrüpp in der Grenzzone zu dem feindlichen Nachbarland, um für bessere Sicht zu sorgen. Damit sollen auch mögliche Entführungen israelischer Soldaten durch libanesische Milizen verhindert werden. Der Zwischenfall am Dienstag, bei dem die Israelis auch Kampfhubschrauber, Panzer und Artillerie eingesetzt hatten, war der schwerwiegendste seit dem Libanonkrieg im

Sommer 2006.

Nach israelischer Darstellung waren die Soldaten zwischen dem Sicherheitszaun und der blauen Linie, der internationalen Grenze, im Einsatz, also nicht auf libanesischem Territorium. Die internationale Beobachtertruppe Unifil bestätigte dies am Mittwoch nach Untersuchungen vor Ort. Der umstrittene Baum habe sich südlich der blauen Linie, also auf israelischer Seite befunden, sagte Unifil-Sprecher Andrea Tenenti. Beirut hatte Israel beschuldigt, auf libanesisches Gebiet vorgedrungen zu sein.

Wie die [Haaretz außerdem berichtet](#), habe Israel offizielle Beschwerde bei der UN eingelegt. UNIFIL Kommandeure bestätigten unterdessen, dass sie sich ständig mit Provokationen der libanesischen Seite befassen müssten. Im übrigen habe Israel die Arbeiten auf seiner Seite der Grenzlinie ordnungsgemäß bei der UNIFIL angemeldet. Ein Offizier der internationalen Friedenstruppe bestätigte, diese Meldung an die libanesischen Armee weitergeleitet zu haben.

Der Vorfall, bei dem ein israelischer Offizier getötet und ein weiterer verwundet wurde, zeigt beispielhaft, von wem Unfrieden und Aggression im Nahen Osten ausgehen. Die traurige Regel gilt weiterhin: Wenn die Araber die Waffen niederlegen, herrscht Frieden. Wenn die Israelis die Waffen niederlegen, wird Israel vernichtet.

(Foto: Libanesischen Soldaten zielen auf israelische Soldaten jenseits des Grenzzauns)

Hamburg: Auf Nebenbuhler eingestochen



In der Freien- und Messerstadt Hamburg hat ein 49-jähriger „Mohammed“ seinem Namensvetter und „Religions“gründer alle Ehre gemacht und den Freund seiner Ex-Frau in aller Öffentlichkeit niedergestochen. Sicher kann man daraus einen Verbotsirrtum konstruieren, denn das Opfer hatte mit einem Kind des Täters einen Ausflug gemacht.

Die MoPo [schreibt](#):

Laut Polizei hat sich Folgendes abgespielt: Gegen 14.30 Uhr kommt Mohammad A. (49) zur Wohnung seiner Ex. Er will die beiden gemeinsamen Kinder (3 und 5 Jahre) abholen, um etwas mit ihnen zu unternehmen. Als die Frau ihm sagt, dass ihr neuer Freund mit einem der Kinder einen Ausflug mache, flippt der Familienvater aus: A. schnappt sich das andere Kind und rast mit ihm wutentbrannt zum Planetarium.

Vor dem Eingang trifft er auf den neuen Lebensgefährten seiner Frau – zieht ein Messer (acht Zentimeter lange Klinge) und sticht immer wieder auf Volker B. (36) ein. Das Opfer schleppt sich zur Kasse und bittet die Angestellten, die Polizei zu rufen. Noch bevor die Beamten eintreffen, gelingt es Passanten, Mohammad A. zu überwältigen.

Volker B. wird mit schweren, aber nicht lebensgefährlichen Verletzungen an Bauch, Brust und Beinen ins AK Barmbek

gebracht. Die Mordkommission übernimmt den Fall, ermittelt wegen versuchter Tötung.

Ob das Mädchen (3) und der Junge (5) die Bluttat ihres Vaters mit ansehen mussten, war gestern noch unklar.

„Menschen mit Migrationshintergrund sind ein wichtiger Teil unserer bunten Republik. Sie bereichern unser Land, wir brauchen sie.“ (Annette Schavan, CDU, Bildungsministerin)

(Spürnasen: Zebulon Feierabend, jogi und PI-User HAM)

Side: 17-jährige Deutsche brutal vergewaltigt



Im nach wie vor beliebtesten Urlaubsland der Deutschen ist jetzt ein 17-jähriges Mädchen aus Düsseldorf (NRW) von sechs Bauarbeitern vergewaltigt worden. Das Mädchen wurde offenbar im Rahmen eines nächtlichen Strandspazierganges überfallen und von Bauarbeitern, die derzeit an der Errichtung einer neuen Moschee mitarbeiten, brutal vergewaltigt. [mehr](#)

SZ: Freie Bahn für Kriminelle



Die *Süddeutsche* regt sich mächtig auf, dass [Sarkozy überlegt](#), kriminelle Ausländer zu bestrafen. Ob nun beginnender Wahlkampf oder Füllung des Sommerlochs, Qualitätsjournalisten wissen eben, dass man zum Beispiel für die Verstümmelung der Geschlechtsorgane der Tochter nicht mit dem Entzug der Staatsangehörigkeit bestraft werden sollte.

Man will schließlich keine „Bürger 2. Klasse“, oder? Qualitätsjournalisten wissen nämlich, dass ein Entzug der Staatsbürgerschaft gegen das Völkerrecht verstoßen würde. Weniger Gedanken macht die Zeitung sich darum, dass die Verstümmelung kleiner Mädchen gegen Menschenrechte verstößt. Deshalb [redet man](#) nur von der bösen „rechten Regierung“, die den armen Moslems ihre „Rechte“ auf Polygamie, Verstümmelung weiblicher Sexualorgane oder Schuleschwänzen nehmen will:

Welche neuen Sanktionen drohen einem polygamen Franzosen ausländischer Herkunft, dessen straffälliger und die Schule schwänzender Sohn gegen Bewährungsaufgaben verstößt? Wenn es nach Präsident Nicolas Sarkozy und seiner Regierungsmehrheit geht, lautet die richtige Antwort: Der Vater bekommt kein Kindergeld mehr, er muss bis zu zwei Jahre ins Gefängnis und verliert die französische Staatsangehörigkeit.

Was wie ein lebensfremder Fall für Jurastudenten wirkt, entspringt den Phantasien der regierenden Rechten. Ihre Politiker machen seit Tagen mit eigenwilligen Vorschlägen zur inneren Sicherheit Furore. Französische Kommentatoren glauben, damit werde der Präsidentschaftswahlkampf 2012 eingeleitet. Das Startsignal gab Sarkozy selbst. Er forderte,

eingebürgerten Franzosen die Staatsangehörigkeit zu nehmen, wenn sie, etwa bei Unruhen in den Banlieues, das Leben von Polizisten gefährdeten.

Nun legt Innenminister Brice Hortefeux nach. Er schlägt vor, Eingebürgerten die Nationalität auch in anderen Fällen zu entziehen: bei Polygamie, der Beschneidung von Mädchen, Menschenhandel und allgemein schweren Verbrechen. Dabei nehmen Sarkozy und sein Minister in Kauf, Franzosen erster und zweiter Klasse zu schaffen. Für Neu-Franzosen würde eine Sonderstrafe gelten, obwohl Artikel 1 der Verfassung „die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Herkunft“ vorschreibt.

Juraprofessoren weisen zudem auf das Völkerrecht hin, das es verbiete, Menschen in die Staatenlosigkeit zu drängen. „Auch ein schlechter Bürger bleibt ein Bürger“, bekräftigt der Verfassungsjurist Guy Carcassonne. „Man darf ihm seine Freiheit nehmen, aber nicht seine Persönlichkeit, zu der die Nationalität gehört.“ Die linke Zeitung Libération fühlt sich an „die schändlichsten Stunden der französischen Geschichte“ erinnert. Zuletzt habe das mit den Nazis kollaborierende Vichy-Regime Juden die Staatsangehörigkeit genommen.

Das Regierungslager heizt derweil mit weiteren Ideen die Diskussion an. So schlägt der Abgeordnete Éric Ciotti eine Art Sippenhaft für Eltern vor, deren minderjährige Kinder sich nicht an Bewährungsaufgaben halten. Vater und Mutter sollen dann ins Gefängnis geschickt werden können. Ciotti ist nicht irgendein irrlichternder Hinterbänkler, sondern der Sekretär für Sicherheitsfragen der Regierungspartei UMP. Auf ihn geht auch ein Vorschlag zurück, der schon im Parlament debattiert wird: Eltern, deren Kinder häufig die Schule schwänzen, sollen kein Kindergeld mehr bekommen.

Die Vergleiche mit dem Nazi-Regime sind natürlich ein Hammer und die ultimative Totschlagkeule. Davon abgesehen, dass man

Sarkozy nicht trauen kann, ist es doch immer wieder interessant, wo linke Qualitätsjournalisten ihre Prioritäten sehen. Unter dem Islam, den sie so vehement verteidigen, gibt es genausowenig Pressefreiheit wie in linken und rechten Diktaturen.

Tragödie bei Love Parade eine "Strafe Allahs"



Auf der

Internetseite [„Q & S – Islam nach Quran & Sunnah“](#) der frommen Rechtgeleiteten tauschen sich muslimische Mitbürger über die Katastrophe bei der Love Parade in Duisburg aus. Die Einträge vermitteln die Abgründe muslimischen Denkens.

„Al Intissar“, Moderatorin:

Und das ist nur eine von vielen Strafen Allahs. Was soll man auch anderes erwarten. Da treffen sich Homosexuelle und es werden Kuffr und Munkarat bis zum geht nicht mehr getrieben. Vielleicht gibt das den Kuffar ein kleinen Denkanstoß und sie finden zur Wahrheit.

(„Auch das Volk Lots nahm die Warnung leicht. Da entsandten Wir einen Steinregen gegen sie. Lots Haus aber erretteten Wir

im Morgengrauen. Als eine Gnade von Uns. So belohnen Wir die Dankbaren. Er hatte sie bereits vor Unserer Strafe gewarnt; sie aber schlugen die Warnung in den Wind“). (Sure al-Qamar: 33-36)

Wer weiß, wenn nicht die Muwahidun unter uns wären ob Allah nicht noch größere Strafen schickt. Allahu al must3an. Möge ALLAH uns bewahren.

„Inshallah 72“:

oukhtil karima...du verwechselt loveparade mit christopher street day.

das 1. ist eher für techno fans welche sich besaufen und schlimmer als tiere verhalten (tiere sind ja noch einigermaßen sozial).

das 2. ist ne party wo sich diese verfluchten homos und lesben austoben...pfui.

letztendlich ist das auch egal, denn beides ist schlimm. und man sieht mal wieder die gerechtigkeit allah swt...

„Al Intissar“:

nein ich hatte das nicht verwechselt, nur fiel mir ein, dass das gerade bei den Homos sehr beliebt ist darum hatte ich sie erwähnt gehabt. JazakAllahu khayran. Wie dem auch sei, ist wie du erwähntest beides dasselbe wo die Grenzen von Munkarat überschritten werden. Und allein auf diese Art und Weise zu sterben (von Menschen tot getrampelt) ist schon Qual genug. Aber noch schlimmer ist wie sie vor Allah an Yaum el qiyama stehen werden: Besoffen, halbnackt...Was für ein schöner Gegensatz dazu ist es doch wenn man an der Kaaba aufgrund der grossen Menschenmassen dort stirbt und man so vor Allah auferstehen wird sub7anAllah... Wie nah Recht- und Irreleitung doch beieinander liegen.

„Tariq“, Administrator:

Ja, bei der Loveparade sind in der Tat nur Ungläubige umgekommen, und dies in einem Zustand der absoluten Entgleisung jeder Sitte und Moral. Vollgepumpt mit Drogen, nackt, wahllos kopulierend und benebelt sind sie wie Tiere durch die Gegend geirrt und haben sich letztlich gegenseitig erdrückt. Man kann angesichts dieses Bildes kaum sagen, dass sie es nicht verdient hätten, was ihnen widerfuhr, als Strafe von Allah für ihr Treiben. Doch leider verstehen sie nicht. Aber wie dem auch sei, sie wurden nicht von Muslimen getötet, sondern haben das ganz allein bewerkstelligt.

So denken also Muslime, die nach Koran und Sunna leben. Mittlerweile sind neue Videos aufgetaucht, die mitten in dem Bereich aufgenommen wurden, in dem junge Menschen auf tragische Weise ums Leben gekommen sind. Eingequetscht in eine Masse von Menschen, aus der es kein Entrinnen gab. Weil ganz offensichtlich die elementarsten Sicherheitsvorkehrungen im Vorfeld dieser Love Parade missachtet wurden. Diese Aufnahmen geben einen unmittelbaren Einblick in die unfassbare Katastrophe, die sich in Duisburg abgespielt hat:

Video Teil 1:

Video Teil 2

Langfassung:

(Text: byzanz / Video: antivirius)

Vielen Dank an pizzamanne



Ahmadinedschad überlebt offenbar Attentat



Mahmud Ahmadinedschad hat nach Medienberichten einen Attentatsversuch überlebt. Der Attentäter habe heute eine Handgranate gegen den Konvoi des iranischen Präsidenten geworfen, berichteten libanesisch-Radiosender. Er sei verhaftet worden. Ahmadinedschad habe den Anschlag am Flughafen von Hamedan im Nordwesten des Iran unverletzt überlebt, hieß es.

(Danke allen Spürnasen)

Essen schiebt kriminelle

Syrer ab



Großes Wehklagen in Essen: Dort wurden endlich einmal Mitglieder eines kriminellen Araberclans in ihre syrische Heimat abgeschoben. Der „Integrationsrat“ meldet Bedenken an, der libanesische Zedernverein spricht sogar von einem Skandal. Wieso libanesisch? Die Syrer hatten sich als Libanesen ausgegeben, um Asyl zu erschleichen. Deswegen fühlt sich der Libanesenverein anscheinend zuständig.

Der [WESTEN berichtet](#) aus Essen:

Die Stadt hat erstmals sechs Angehörige einer arabischen Großfamilie nach Syrien abgeschoben, obwohl sie sich selbst als Flüchtlinge aus dem Libanon bezeichnen. Der libanesische Zedernverein spricht von einem Skandal und hat nach eigenen Angaben das Außenministerium eingeschaltet. Der Integrationsrat fordert Aufklärung.

Unter strenger Geheimhaltung wurden die Familienmitglieder am Morgen des 27. Juli von Polizisten überrascht und am Frankfurter Flughafen in den Flieger nach Damaskus gesetzt. Grundlage ist ein 2008 geschlossenes „Rückübernahmeabkommen“ zwischen Deutschland und Syrien. „Drei dieser Menschen sind in Essen geboren“, sagt Mohamad Masri, Sprecher des Zedernvereins. „Sie sind ins Niemandsland abgeschoben.“ Zwei der Abgeschobenen seien in Damaskus sofort verhaftet worden.

Die Ausländerbehörde wirft den Abgeschobenen mangelnde Integrationsbereitschaft, etliche Straftaten und Vortäuschung falscher Identitäten vor. Vater und mehrere Brüder der Abgeschobenen sitzen derzeit in Haft, der Vater unter anderem wegen bandenmäßigen Drogenhandels. Auch einige der Abgeschobenen seien einschlägig vorbestraft.

Die „Integrationsprognose“, Voraussetzung für eine Bleiberechtsregelung, falle wegen mangelnder Deutschkenntnisse und seltenem Schulbesuch negativ aus. Verwandte des Familienclans gelten als eine der einflussreichsten Familien in der Berliner Unterwelt. Ihr Oberhaupt lässt sich als „Präsident von Neukölln“ bezeichnen und wurde 2007 wegen Drogenhandels zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Die Familienmitglieder hatten sich nach ihrer Einreise nach Deutschland als libanesisch-staatsangehörige ausgegeben. Wegen eines Abschiebeschutzes für Libanesen wurden sie in Essen geduldet. Inzwischen sei aber „zweifelsfrei“ geklärt, dass es sich um syrisch-staatsangehörige handele. Deshalb hätten die syrischen Behörden ihnen auch einen Passersatz ausgestellt. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt die Aufenthaltsgenehmigungen zurückgezogen und damit nach eigenen Angaben vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen auch Recht behalten.

„Natürlich geht jetzt die Angst um in der libanesischen Gemeinschaft in Essen“, sagt Mohammed Balaban, Vorsitzender des Integrationsrates. Er wurde am Montag von der Ausländerbehörde über den Vorgang informiert und geht davon aus, dass „alles nach Gesetz und Ordnung“ abgelaufen sei. „Die Behörde hat mir auch versichert, dass dies vorerst ein Einzelfall bleibe. In der nächsten Zeit stehen keine weiteren Abschiebungen an.“ Eine Mutter aus der Familie mit minderjährigen Kindern wird in Essen weiter geduldet.

Die Abgeschobenen lebten in einer Parallelgesellschaft, zu der Behörden und Polizei kaum Zugang hatten. Die Zeitung berichtet zum Hintergrund des Geschehens:

Seit 2009 gibt es ein gemeinsames Handlungskonzept „Chancen bieten, Grenzen setzen!“ von Stadt und Polizei, das vor allem die Bildungsperspektiven der jungen Libanesen verbessern soll.

„Wir müssen klarmachen, welche Gesetze hier gelten“, beschrieb Friedrich Koch, Leiter der Polizeiinspektion Mitte, Ende 2009 im WAZ-Gespräch die ausgegebene Null-Toleranz-Strategie. Drei libanesischen Clans wickeln nach Polizeieinschätzung in der nördlichen Innenstadt ihre Geschäfte ab und lenken ihre Familien nach den Gesetzen der Scharia. Insbesondere die Jugendlichen hätten deshalb die Regeln des Rechtsstaates im Quartier außer Kraft gesehen, sagt Koch.

Scharia? Sagte er tatsächlich Scharia? Ja haben denn die Integrationsprobleme dieser Leute womöglich mit dem Islam zu tun?

(Spürnase: Kölschdoc)

Den Staat bekämpfen – vom Staat leben



Wir Deutschen können stolz auf uns sein. Wir sorgen auch für die gut, die uns hassen und bekämpfen. Ungefähr 15 potentielle Terroristen erhalten HartzIV oder Bafög. Sie sind teilweise als erwerbsunfähig gemeldet. Na gut. Kann man ja auch verstehen. Beim Bombenbasteln bleibt ja nicht so viel Zeit.

Die WAZ [schreibt](#):

Ein Teil der von den deutschen Sicherheitsbehörden als potenzielle Terroristen geführte Menschen leben laut einem Zeitungsbericht von Sozialleistungen. Von den 99 vom Bundeskriminalamt (BKA) als «Gefährder» eingestuften Personen lebten 15 ausschließlich vom Staat, berichtet die «Bild“-Zeitung (Samstagsausgabe) unter Berufung auf ein vertrauliches Papier der Sicherheitsbehörden.

Zehn der Terror-Verdächtigen beziehen dem Bericht nach Arbeitslosengeld I oder Hartz IV, drei erhielten Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, einer lebe von BAföG, ein weiterer beziehe eine Erwerbsunfähigkeitsrente.

Laut «Bild» befinden sich 25 «Gefährder» derzeit in Haft, 15 hielten sich im Ausland auf. Die anderen lebten überwiegend von Verwandten oder eigenem Einkommen, etwa als Gemüsehändler, Kfz-Händler oder Zeitarbeiter. Ein «Gefährder» sei dem Papier zufolge praktizierender Arzt, einer Imam, ein weiterer betreibe eine Islam-Schule und organisiere Pilgerreise.

Soviel zum Thema, Armut und Ungebildetsein schaffe Terror...

(Spürnase: Kölschdoc)